



## 19. Erweiterter Lenkungsausschuss von SDSN Germany

Freitag, 19. April 2024, 12:00 bis 17:00 Uhr

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Potsdamer Straße 105, 10785 Berlin

### Demokratie: Ein Katalysator für nachhaltige Entwicklung?

Am 19. April 2024 fand die 19. Sitzung des Erweiterten Lenkungsausschusses von SDSN Germany in den Räumlichkeiten des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin statt. Das Gremium bringt Repräsentant\*innen aus Gesellschaft und Wirtschaft jenseits der Mitglieder und Partner von SDSN Germany sowie Bundesministerien und Wissenschaftliche Beiräte der Bundesregierung zusammen. Der Erweiterte Lenkungsausschuss dient dem regelmäßigen Austausch über politikfeldübergreifende aktuelle Herausforderungen von Nachhaltigkeitstransformationen.

Die Veranstaltung knüpfte an globale Herausforderungen im Kontext von Nachhaltigkeit und Demokratie an: Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit umfassender und beschleunigter Nachhaltigkeitstransformationen immer drängender. In diesem globalen Superwahljahr 2024 – in mehr als 70 Ländern tritt die Hälfte der Weltbevölkerung an die Wahlurnen – steht viel auf dem Spiel: Von unmittelbarer Bedeutung sind die Europawahlen im Juni, Landtags- und Kommunalwahlen in acht deutschen Bundesländern sowie die Bundestagswahl 2025, in denen die Zukunft der Demokratie und Nachhaltigkeit bedeutend mitgestaltet werden. So beschäftigte sich die Veranstaltung mit der Frage, wie viel Demokratie Nachhaltigkeitstransformationen benötigen und wie diese vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen, wie Populismus, steigenden Ungleichheiten, ökologischen Krisen, Zukunftsängsten und starken Polarisierungs- und Autokratisierungstendenzen weltweit, gelingen können.

Mit der Frage „**Wie viel Demokratie brauchen Transformationen zur Nachhaltigkeit?**“ beschäftigte sich das Auftaktpanel mit **Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge** (Direktorin IDOS und Ko-Vorsitzende SDSN Germany) und **Prof. Dr. Dirk Messner** (Präsident Umweltbundesamt), moderiert von **Dr. Dorothea Schostok** (Leiterin Referat Nachhaltige Entwicklung, Koordinierung Nachhaltigkeitsstrategie NRW, Nachhaltige Bioökonomie Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen). Dirk Messner hob **vier Beobachtungen** zum Demokratie-Nachhaltigkeits-Nexus hervor: **1. Wir waren schon mal weiter**, was das Thema Nachhaltigkeit (insbesondere die ökologische Dimension) angeht. Mit der Verabschiedung des European Green Deal durch das EU-Parlament in 2020 und dem Start der Ampelkoalition in 2021 herrschte eine Aufbruchsstimmung und große Hoffnung auf Fortschritte für den sozial-ökologischen Wandel. **2. Wir befinden uns nicht mehr in einer Situation, in der wir für die Transformation werben, sondern wir sind mittendrin.** Gesellschaftliche Transformations- und Aushandlungsprozesse würden schon längst stattfinden. **3. Wir befinden uns in einer neuen „Weltunordnung“.** Dies zeigten nicht zuletzt aktuelle Kriege und die globale Inflation. **4. Es hakt bei den benötigten Mehrheiten.** In Europa sei in der Vergangenheit zu sehr die Hoffnung auf Vorreiterallianzen und Pioniere gelegt worden, allerdings fehlten die entsprechenden Mehrheiten für

transformativen Wandel. Zudem legte Dirk Messner **drei gescheiterte Ansätze der Transformation** dar, aus denen wir lernen müssten. **1. Die technokratische Illusion:** Die Transformation funktioniere nicht allein durch Technologien. **2. Der moralische Zeigefinger:** Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung steige stabil von Jahr zu Jahr trotz vielfältiger Krisen. Das Gelingen der Transformation sei auch eine Frage der Kommunikation. **3. Eine Transformation, die keiner merkt, ist nicht umsetzbar und erzeugt Frustration.** Wir müssten offener umgehen mit den spürbaren Veränderungen, die ein sozial-ökologischer Wandel mit sich bringe. Zudem reflektierte Dirk Messner über das **WBGU-Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ von 2011<sup>1</sup>** im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen. Besonders wichtig sei das Herausarbeiten von Transformationsfeldern, notwendigen Innovationen und Investitionen gewesen. Was hingegen **zu wenig Berücksichtigung** fand, seien die **soziale Dimension** des Wandels und sogenannte **„Probleme zweiter Ordnung“** (Probleme, die ohne die Transformation nicht existieren würden, z.B. der Konflikt zwischen einer notwendigen radikalen und dynamischen Staatsmodernisierung und den bestehenden bürokratischen Apparaten). Auch zu wenig berücksichtigt worden sei die Tatsache, dass nicht nur die „eine“ Große Transformation, sondern **mehrere Transformationen** nebeneinander existieren würden (z.B. Entwicklungen wie Digitalisierung und künstliche Intelligenz). Auch **Krisenkaskaden** durch Kriege und Autokratisierung seien zu wenig im Fokus gewesen. Um Transformationsprozesse nicht zu isolieren, müssten wir unsere Narrative und die damit verbundenen Strategien besser mit diesen veränderten Kontexten verknüpfen. Außerdem benötigten wir einen neuen Sprachstil, der offen damit umgeht, dass die Transformation Kosten mit sich bringt und der dessen Notwendigkeit besser erklärt.

Anna-Katharina Hornidge führte an, dass laut des Index *Varieties of Democracy* im Jahr 2023 **71 Prozent der Weltbevölkerung in Autokratien** lebten.<sup>2</sup> Angesichts der Beeinträchtigungen von zivilgesellschaftlichen Räumen der Entfaltung (*shrinking spaces*) seien insbesondere **nicht-staatliche Kooperationen** sowie eine **Stärkung der Zivilgesellschaft** wichtig für eine Transformationsbeschleunigung. Jenseits der Prozentzahlen würden **soziale Polarisierungsprozesse in allen Regionen** sowie über alle Einkommensgruppen und viele gesellschaftliche Schichten hinweg beobachtet. Es finde ein Strukturwandel sozialer Natur statt. Für das Gelingen von Transformationen sei es von Bedeutung, dass **gesellschaftliche Konfliktlinien demokratisch ausgehandelt** und Risiken gesellschaftlicher Fronten herausgearbeitet werden. Die Kräfteverhältnisse weltweit würden sich verschieben: Niedrig- und Mitteleinkommensländer könnten wählen, mit welchen Ländern sie zusammenarbeiten möchten (*Versüdlung* der globalen Governance-Strukturen), was einen emanzipierenden Effekt hätte. Neben den von Dirk Messner erwähnten parallelen Transformationsprozessen setze sich eine „Große Transformation“ zudem aus vielen kleineren **lokalen, regional und kulturell unterschiedlichen Transformationsprozessen** zusammen. Dieser Vielfalt verschiedener nachhaltiger Zukünfte müsse im internationalen Austausch viel mehr Raum

---

<sup>1</sup> WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU. Verfügbar unter: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>.

<sup>2</sup> Nord, Marina, Martin Lundstedt, David Altman, Fabio Angiolillo, Cecilia Borella, Tiago Fernandes, Lisa Gastaldi, Ana Good God, Natalia Natsika, and Staffan I. Lindberg (2024): Democracy Report 2024. Democracy Winning and Losing at the Ballot. University of Gothenburg: V-Dem Institute. Verfügbar unter: [https://v-dem.net/documents/43/v-dem\\_dr2024\\_lowres.pdf](https://v-dem.net/documents/43/v-dem_dr2024_lowres.pdf).

gegeben werden. Anna-Katharina Hornidge betonte die Herausforderungen, die ein gestaltender Staat, der radikaler Modernisierung bedarf, mit sich bringe.

**Wie viel Transformation braucht die Demokratie und können wir sie hinterfragen, ohne sie in Frage zu stellen?** Diese grundlegende Frage stand im Mittelpunkt der **Diskussion** mit den Teilnehmenden. Die Panelist\*innen argumentierten, dass der Staat die Rolle eines **gestaltenden Staats** einnehmen müsse, insbesondere durch öffentliche Investitionen. Allerdings bedürfe es neuer Rahmenbedingungen und schnellerer Reaktionen, da derzeit eher optimiert als transformiert werde. Statt grundlegender Reformen der institutionellen Bedingungen für die beschleunigte Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele würden lediglich vereinzelte nachhaltige Initiativen hinzugefügt, was die Komplexität erhöhe und Prozesse verlangsamen. Der European Green Deal wurde als Beispiel angeführt, der eher eine Optimierung in eine bestimmte Richtung als ein integratives Herangehen darstelle. Realpolitik mache transformative Prozesse zudem schwieriger, da oppositionelle Interessensgruppen im Rahmen eines inklusiven und partizipativen Prozesses oft Widerstand leisteten. Progressive **globale Allianzen** könnten nur dann geschmiedet werden, wenn europäische progressive Kräfte diese geschlossen vorantreiben würden. In der Diskussion wurde betont, dass die **Demokratisierung Teil der Agenda 2030** sei, jedoch in der Nachhaltigkeitsforschung lange Zeit vernachlässigt worden sei. Die Frage, ob autokratische oder demokratische Systeme die Nachhaltigkeitstransformationen besser umsetzen könnten, wurde klar zugunsten der Demokratien beantwortet, wobei der Reformbedarf betont wurde. Die Gefahr einer Spaltung zwischen **ökologischen und sozialen Transformationen** wurde hervorgehoben, da ökologische Anliegen grundsätzlich auch soziale seien – etwa im Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen. Zudem wurde mehr Wissen über die **digitale Transformation** und ihre Rolle bei der Erreichung der SDGs gefordert. Institutionelle Strukturen wurden als stark pfadabhängig beschrieben, was grundlegende Veränderungen erschwere. Abschließend wurde die potenzielle Rolle von SDSN als progressive Allianz eingebracht, die moderne und nachhaltige Zukünfte mitgestalten kann.

Anschließend wurden die Themen **Narrative, Kapazitätsaufbau für demokratische Nachhaltigkeit sowie weltweite(r) Demokratieschutz und -förderung** in parallelen Workshops vertieft. In der darauffolgenden Plenumsdiskussion wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengetragen und Ideen ausgetauscht, wie alle Teilnehmenden in ihrem Umfeld zu demokratischen Nachhaltigkeitstransformationen beitragen können.

Während der Sitzung wurden verschiedene Aspekte im **Spannungsfeld von Demokratie und Nachhaltigkeit** diskutiert, wobei der Schwerpunkt auf der **Bedeutung von Narrativen** lag. Ein zentrales Thema war die Frage, welche mehrheitsfähigen Narrative demokratie- und transformationsfördernd wirken können. Die Diskussion offenbarte eine Vielzahl von Meinungen, die zum Teil gegensätzlich waren. Es wurde betont, dass Ideale ein grundlegender Bestandteil der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit und Demokratie seien. Die Wechselwirkung zwischen diesen beiden Konzepten wurde als komplexes Spannungsfeld beschrieben. Dabei zeigte sich, dass die Förderung von Demokratie und Nachhaltigkeit sich gegenseitig beeinflussen könne. Ein wesentlicher Punkt der Diskussion war die Erkenntnis, dass in einer vielfältigen Gesellschaft ein **einheitliches Narrativ für alle kaum umsetzbar** sei. Stattdessen müssten parallel unterschiedliche, mehrheitsfähige Narrative entwickelt werden, die der Pluralität der Gesellschaft gerecht werden. Es wurde deutlich, dass es verschiedene **Arten von Narrativen** gibt, darunter **ausgrenzende und solche, die mehrheitsfähig sind**. Ein besonders kontroverses Beispiel sei das Narrativ der "Klimadiktatur". Die **Wirksamkeit eines Narratives** hänge

sowohl von der Person ab, die es vermittelt, als auch von der Zielgruppe, an die es gerichtet ist. Im Rahmen der Diskussion wurden auch **Good Practices** zur Förderung zukunftsfähiger und inklusiver Narrative erörtert (u.a. Zukunftsorientierung, Aufzeigen von Veränderungsmöglichkeiten). Ein weiterer wichtiger Aspekt war die **visuelle Dimension** bei der Entwicklung von Narrativen, die dazu beitragen könne, komplexe Ideen anschaulich und zugänglich zu machen – zum Beispiel durch die Darstellung einer Innenstadt nach einer erfolgreichen Verkehrswende. Die **Pluralität von Narrativen** spiegele sich in ihrer breiten Anwendbarkeit und den unterschiedlichen Richtungen wider, in die sie die Diskussionen um Nachhaltigkeit lenken könnten. Die Etablierung von Mehrheitsnarrativen sei dabei keine einfache Aufgabe. Schließlich wurde betont, dass die Themen Nachhaltigkeit und Demokratie durch eine Vielzahl von Narrativen geprägt seien, die oft widersprüchlich erschienen, aber dennoch als bedeutende Treiber für gesellschaftliche Veränderungen wirken könnten. Insgesamt verdeutlichte die Diskussion, dass die Pluralität von Narrativen sowohl eine **Herausforderung als auch eine Chance** darstellt, um nachhaltige und demokratische Ziele voranzubringen.

Des Weiteren konzentrierte sich die Diskussion auf zentrale Fragen wie: Welche **Demokratie- und Transformationskapazitäten** benötigen wir – sowohl kollektiv als auch individuell? Und wie kann Demokratie weltweit geschützt und gefördert werden? Dabei wurden wesentliche Aspekte zur **Kapazitätsentwicklung** aus dem **Global Sustainable Development Report (GSDR) 2023<sup>3</sup>** und die Anforderungen an die **Transformationsteams (TT) der Bundesregierung** erörtert. Die Teilnehmenden betonten, dass in Ministerien häufig in traditionellen Strukturen gearbeitet werde, wobei transformative Prozesse oft nur zusätzlich – als zusätzliche Ebenen – eingefügt würden, ohne dass es zu grundlegenden Veränderungen im öffentlichen Handeln komme. Es wurde darauf hingewiesen, dass die TTs bisher keine tiefgreifenden Veränderungen im öffentlichen Handeln und keine wirklich transformativen Entscheidungen bewirkt hätten, was auch mit den bestehenden **Ressourcen und Strukturen** zusammenhänge. Beispielsweise seien in den TTs nicht die Personen vertreten, die am Gesetzgebungsprozess beteiligt seien, was zu Doppelstrukturen führen würde. Die TTs müssten daher besser mit dem politischen Entscheidungsprozess verknüpft werden. Dennoch strahlten die in einigen TTs vorgenommenen Veränderungen auf andere Prozesse aus, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit im Bereich Klimapolitik von BMWK, AA, BMUV und BMZ im sogenannten „Klima-Kleeblatt“. Im Hinblick auf die Frage, was TTs für die Demokratie leisten können, wurde betont, dass überholte Arbeitsweisen durch ein wirklich **integriertes und ressortübergreifendes Zusammenarbeiten** ersetzt werden müssten. Die Teilnehmenden sprachen sich auch für eine **Auswertung der TT-Prozesse** sowie der **Bedingungen für Best Practices** bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode aus. Diese sollte intensiv in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden, um nachhaltige und transformative Ansätze weiter voranzutreiben. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Diskussion war die **Fehlerkultur**. Es herrsche ein starker Drang, keine falschen Empfehlungen abzugeben, was letztlich Innovationen hemme. Daher wurde eine positive Fehlerkultur in der öffentlichen Verwaltung gefordert, die **Schutz für Innovationen** biete und unvorhergesehene Wirkungen berücksichtige. Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit für schnelle, tiefgreifende und **synergetische Veränderungen** betont. Auch die **frühzeitige**

---

<sup>3</sup> Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General (2203): Global Sustainable Development Report 2023. Times of crisis, times of change: Science for accelerating transformations to sustainable development. New York: United Nations. Verfügbar unter: [https://sdgs.un.org/sites/default/files/2023-09/FINAL%20GSDR%202023-Digital%20-110923\\_1.pdf](https://sdgs.un.org/sites/default/files/2023-09/FINAL%20GSDR%202023-Digital%20-110923_1.pdf).

**Konfliktantizipation, -mediation und -lösung** auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene sei zentral. Es wurde darüber diskutiert, ob vor dem Hintergrund der komplexen Balance zwischen **Effizienz und demokratischer Teilhabe** schnelle Umsetzungs- und Austauschprozesse autoritäre Tendenzen fördern könnten. In diesem Zusammenhang wurde die Bedeutung stabiler **gesellschaftlicher Allianzen** hervorgehoben, um Verteilungskonflikte zu bewältigen und diese bereits im Erarbeitungsprozess zu adressieren.

Schließlich wurde über den **Schutz und die Förderung der Demokratie** weltweit diskutiert. Ein einleitender Impuls führte zu einer breiten Debatte, in der zwei zentrale Thesen formuliert wurden. Erstens wurde gefordert, das **Universalitätsprinzip**, das für nachhaltige Entwicklung gilt (d.h. dass Länder aller Einkommensgruppen der Agenda 2030 und ihren 17 SDGs verpflichtet sind), auch auf Demokratieprobleme anzuwenden – und zwar sowohl für die globale Gemeinschaft als auch für einzelne Staaten. Zweitens sollten **Demokratieschutz und -förderung** als integrale Bestandteile sowohl nationaler als auch internationaler Aufgaben in die **Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)** aufgenommen werden. Hierbei wurde angeregt, neue Indikatoren zur Förderung der Demokratie zu entwickeln und diese nicht nur als notwendige Voraussetzung, sondern als einen wichtigen Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung und individueller Freiheit zu betrachten. Es wurde betont, dass die DNS mehrheitsfähig und inklusiv gestaltet sein müsse, um breite Akzeptanz und Beteiligung sicherzustellen. Ein zentraler Punkt der Diskussion war der **Stellenwert der Demokratie**. Die Demokratie sollte weiterentwickelt und wieder „salonfähig“ gemacht werden, jedoch sei dies nur erfolgreich, wenn die Digitalisierung dabei umfassend berücksichtigt werde. Allerdings wurden auch Zweifel an der Wirksamkeit und dem „moralischen Zeigefinger“ sogenannter Good Governance-Programme geäußert. Es wurde hervorgehoben, wie wichtig es sei, sich selbstkritisch zu hinterfragen und Diskussionen auf Augenhöhe zu führen. Es wurde ein **demütiges, aber klares Bekenntnis zur Demokratie als bestes Regierungssystem** abgegeben, begleitet von der Erkenntnis, dass erheblicher Reformbedarf bestehe. Forschungsergebnisse zur Demokratieförderung legten nahe, dass pluralistische Ansätze besonders effektiv seien. Eine **positive Korrelation zwischen Demokratien und der Bereitstellung öffentlicher Güter** wie Bildung und Klimaschutz wurde hervorgehoben, was auf Prinzipien wie Wissenschaftsfreiheit, Rechenschaftslegung und Eigentumsrechte zurückgeführt wurde. Gleichzeitig wurden die Herausforderungen thematisiert, die durch die zunehmende Einschränkung des **Handlungsspielraums von zivilgesellschaftlichen Gruppen** entstehen, sowie die Notwendigkeit hervorgehoben, diese Gruppen zu stärken. Es wurde betont, dass Spillover-Effekte – unerwünschte Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern – vermieden werden müssten. In Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der Demokratie im politischen System, besonders angesichts der Digitalisierung und globalen Krisen, wurde angeregt, die Norm der Demokratie weiter zu stärken und an aktuelle Herausforderungen anzupassen. Die Teilnehmenden betonten, dass es entscheidend sei, **transnationale Netzwerke** zu stärken und nicht ausschließlich auf staatlich zentrierte Ansätze zu setzen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Frage der Demokratieförderung nicht nur eine globale Aufgabe sei, sondern auch eine Reflexion der eigenen politischen Systeme erfordere. Insbesondere müssten Demokratien in der Lage sein, die **inter- und intragenerationellen Fragen der Nachhaltigkeitsagenda** zu adressieren und hierbei auch die eigenen Defizite zu erkennen und anzugehen. Intensiv diskutiert wurde die Frage, welche Konflikte die Demokratie lösen kann und welche sie lösen muss, um sowohl intern als auch extern zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Ein weiterer zentraler Aspekt war die Frage, wie demokratisch und integriert der bürokratische Apparat sein kann, um die erforderlichen Transformationsprozesse erfolgreich zu gestalten.

**Dr. Julia Leininger** (Programmleiterin „Transformation politischer (Un-)Ordnung: Institutionen, Werte und Frieden“ IDOS) schloss die Sitzung mit einer klaren Stellungnahme, die die Notwendigkeit unterstrich, die Demokratie zu stärken. Sie betonte die Vielfalt der Demokratie und die Bedeutung der Wechselwirkung zwischen Demokratie und Nachhaltigkeit. Zudem forderte sie, dass die DNS mehrheitsfähig und inklusiv sein müsse, um eine breite gesellschaftliche Unterstützung zu gewährleisten. Abschließend hob sie die Notwendigkeit einer Reform des bürokratischen Apparats hervor sowie die Bedeutung der Auswertung von Transformationsprozessen, um Best Practices zu identifizieren und in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen. Insgesamt wurde deutlich: Effektive, gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformationen bedürfen demokratischer und pluralistischer Ansätze.